

Berlin, 17. Oktober 1952

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Fay, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lensing, Scharnberg, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp.

Termin des Parteitages 1953 in Hamburg. Gestaltung des Parteitages in Berlin: Inhalt der Reden, Besetzung von Ausschüssen, Wahl der Vorsitzenden (Nachfolge Holzappel).

Beginn: 15.50 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Adenauer eröffnete die Sitzung und bat um Entschuldigung für seine Verspätung; seine Krankheit habe es notwendig gemacht, daß er sich eine Stunde Ruhe gegönnt habe.

Anschließend wies der Kanzler auf die Bedeutung des Parteitages hin: Der Parteitag in Berlin sei kein Parteitag wie die übrigen, er müsse einen besonderen Charakter bekommen, schon weil er in Berlin stattfinde; er stelle ein Bekenntnis zur deutschen Einheit dar und wende sich vor allem an die Deutschen in der Sowjetzone.

Der Bundesvorstand sei sich in seiner letzten Sitzung schon darüber klargeworden, daß darüber hinaus ein Parteitag notwendig sei zur Eröffnung des Wahlkampfes. Dieser Parteitag finde in Hamburg statt, weil von Hamburg aus eine große Wirkung für den gesamten norddeutschen Raum zu erwarten sei.

Heck teilte aus einem Schreiben des Landesverbandes Hamburg mit, daß für den Parteitag in Hamburg das Curio-Haus lediglich vom 18.–20. Januar oder vom 2.–5. Februar zur Verfügung stehe, und bat den Landesvorstand, heute über den endgültigen Termin des Parteitages in Hamburg eine Entscheidung zu fällen, da das Curio-Haus nach Äußerungen des Landesverbandes Hamburg nicht länger freigehalten werden könne.

Scharnberg ergänzte, daß eine neuerliche Rücksprache mit der Verwaltung des Curio-Hauses ergeben habe, daß für beide Termine das Curio-Haus schon ab Sonntag nachmittag zur Verfügung stünde.

Gröwel erinnerte daran, daß das Hamburger Rathaus schon öfters der SPD zu Veranstaltungen zur Verfügung gestellt worden sei; sie schlage deswegen vor, an den Bürgermeister von Hamburg mit der Bitte heranzutreten, das Hamburger Rathaus für den Parteitag der CDU zur Verfügung zu stellen.

Adenauer bat Herrn Scharnberg, sofort fernmündlich Rücksprache mit Bürgermeister Brauer zu nehmen, ob das Rathaus für den Parteitag der CDU zur Verfügung stehe.

Scharnberg bat darum, unabhängig davon doch den Termin festzulegen.

Adenauer erklärte, daß dies nicht möglich sei, ehe die Frage nicht geklärt sei, ob das Hamburger Rathaus zur Verfügung stehe.

Kaiser führte aus, daß, wenn das Rathaus frei sei, dann evtl. der März noch als Termin in Frage käme.

Adenauer wies darauf hin, daß die Wahlen im Juni stattfinden müßten, da der späteste Termin der 24. August sei. Wenn man die Wahlen nicht in die Ernte verlegen wolle, dann käme nur der Juni in Frage. Er schlage deshalb zunächst vor, als Termin die zweite Hälfte des Januar oder die erste Hälfte des Februar ins Auge zu fassen¹.

Auf den Vorschlag des Bundeskanzlers erfolgte kein Widerspruch.

Tillmanns begrüßte anschließend die Mitglieder des Bundesvorstandes herzlich und sprach ihnen seinen Dank dafür aus, daß sie nach Berlin gekommen seien.

Er bedauerte, daß er mit den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über den Parteitag nicht übereinstimme. Daß dieser Parteitag seinen besonderen Charakter hätte, sei klar. Trotzdem glaube er, daß es notwendig sei, den Berliner Parteitag zu einem echten Parteitag zu gestalten. In der „Berliner Stimme“ seien Artikel erschienen, in denen der Parteitag in Berlin als ein Betrug an den Wählern bezeichnet worden sei.² Die Gründe dieser SPD-Publizistik seien durchsichtig. Es gehe hier lediglich darum, den Parteitag in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Im „Spiegel“ sei ein ähnlicher Artikel erschienen³, der den Parteitag als eine Fortsetzung des Kirchentages bezeichnet habe und ihm in Analogie zum Katholikentag das Motto „Adenauer lebt“ beigegeben habe. Wir hätten deswegen allen Grund, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß in Berlin ein echter Parteitag stattfindet.

Auch Nuschke⁴ habe sich auf der Ebene der SPD-Politik bewegt. Er sei der Auffassung, wenn die Partei schon nach Berlin gekommen sei, dann müßte auch das Gesicht des Parteitages gewahrt werden.

Zum äußeren Ablauf schlug Dr. Tillmanns vor, daß der Vorsitzende kurz eröffne und dann sofort den Vorschlag des Bundespartei Vorstandes für das Tagungspräsi-

1 Der 4. Parteitag fand vom 18.–22. April 1953 in Hamburg statt.

2 „Berliner Stimme“ Nr. 40/2 vom 4. Oktober 1952 S. 2 im Artikel „Der DGB gab ein gutes Beispiel“: „So ist der Parteitag der CDU – wir lieben die deutliche Sprache – ein Betrugsmanöver zur Beruhigung der hiesigen Parteiorganisation.“

3 „Der Spiegel“, 6. Jg., Heft 41 vom 8. Oktober 1952.

4 Otto Nuschke (1883–1957), 1921–1933 MdPrL (DDP), Mitgründer der CDU in Berlin und der SBZ, 1948 Kommissarischer Vorsitzender und 1949–1957 Vorsitzender der Ost-CDU, 1949–1957 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Vgl. Gerhard FISCHER: Otto Nuschke. Ein Lebensbild. Berlin-Ost 1983. – Zu den Ausführungen Nuschkes auf dem 6. Parteitag der Ost-CDU vom 16.–18. Oktober 1952 vgl. O. NUSCHKE: Mahnung und Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1951 bis 1957. Berlin-Ost 1958 S. 78–91 („Christen, kämpft mit der CDU für Frieden, Einheit und Sozialismus!“) sowie Dokumente der CDU. Berlin-Ost 1956 S. 124–160.

dium zur Abstimmung bringe. Nach Wahl des Präsidenten müsse dann der Präsident des Parteitages die Begrüßung vornehmen.

Adenauer erklärte hierzu, daß auch er der Auffassung sei, daß die Berliner Veranstaltung den Charakter eines Parteitages haben müsse; der Zweck des Berliner Parteitages aber bringe es mit sich, daß keine Ausschüsse tagen und auch keine entsprechenden Entschließungen zur Abstimmung kommen könnten.

Er schlug vor, wie bisher üblich, den Landesvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, Herrn Dr. Tillmanns, zum Präsidenten zu wählen.

Tillmanns schlug im Namen des geschäftsführenden Vorstandes als weitere Präsidiumsmitglieder vor: die Herren Gockeln⁵, Dichtel, Lemmer⁶, Scharnberg, Dr. Fay und Frau Dr. Weber⁷.

Der Vorschlag wurde vom Bundesvorstand gutgeheißen.

Wackerzapp^{7a} fragte an, ob in den Referaten auch das Vertriebenenproblem angeschnitten werde. Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands berühre auch die Vertriebenen.

Adenauer erklärte hierzu, daß die Bestrebungen der Bundesregierung auf Wiedervereinigung das ganze Gebiet einschlossen; das Vertriebenenproblem, insoweit es mit der gesamtdeutschen Frage zusammenhänge, sei in seinen Ausführungen enthalten. Daneben handle es sich noch um die Sorge um die Vertriebenen. Er halte diesen Punkt für sehr wichtig. In diesem Zusammenhang müsse er hier bekanntgeben, daß Herr Dr. Kather seine sämtlichen Ämter in der Partei niedergelegt habe aus Protest gegen die Tatsache, daß das Lastenausgleichsgesetz noch nicht mit dem

5 Josef Gockeln (1900–1958), 1928–1933 Bezirkssekretär der KAB in Düsseldorf, 1929–1933 Stadtverordneter und stv. Vorsitzender der Zentrumsparterie in Düsseldorf, Mitgründer der CDU, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1947 Minister für Soziales, 1947–1958 Landtagspräsident, 1947–1956 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1949–1958 MdB. Vgl. Walter FÖRST in *LEBENSBLICKER* 5 S. 161–175.

6 Ernst Lemmer (1898–1970), 1922–1933 Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen-Gewerkvereine, 1924–1933 MdR (DDP/DStP), Mitgründer der CDU in Berlin und in der SBZ (von Dezember 1945–1947 stv. Vorsitzender), 1945 Mitgründer und bis 1949 3. Vorsitzender des FDGB, 1950–1961 stv. Vorsitzender und 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU, 1950–1969 MdA Berlin, 1952–1970 MdB, 1956–1957 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1957–1962 für Gesamtdeutsche Fragen, 1964–1965 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin (Memoiren: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt 1968).

7 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1919–1933 Mitglied der Nationalversammlung und MdR (Zentrum), 1922–1924 MdPR, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1946–1948 Mitglied des Zonenbeirats, 1948 erste Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1948–1949 MdPR, 1949–1962 MdB, 1950–1962 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, 1955–1962 der Versammlung der WEU. Vgl. Michael BRAUN in *GRÜNDUNG* S. 145–156.

7a Oskar Wackerzapp (1883–1965), 1918–1932 Landrat, 1932–1933 Polizeipräsident im Oberschlesischen Industriebezirk, 1949–1953 MdB (CDU).

nötigen Nachdruck in die Tat umgesetzt worden sei.⁸ Er müsse aber betonen, daß die Schuld dafür nicht Minister Lukaschek treffe, sondern das Finanzministerium.

Kaiser meinte, daß der Bundeskanzler mit wenigen Sätzen darauf eingehen müsse.

Adenauer erklärte, daß ihm dies nicht möglich sei. Für ihn sei die ganze Frage deswegen schwierig, weil er Herrn Dr. Kather zu einem großen Teil recht geben müsse. Die Lage auf dem Vertriebenen Sektor sei trostlos, da dort einer gegen den anderen schieße und dort eine große Uneinigkeit herrsche. Er halte es für zweckmäßig, wenn Herr Kiesinger mit seiner versöhnlichen und verbindlichen Art im Rahmen seines Themas unsere Sorge für die Vertriebenen anspreche.

Kiesinger bestätigte, daß er das in seinem Referat vorgesehen habe.

Tillmanns wies darauf hin, daß auch in der Diskussion die Möglichkeit bestünde, das Problem anzusprechen.

Dichtel meinte aber, daß das nur möglich sei, wenn das Thema in den Referaten bereits behandelt worden sei.

Adenauer erklärte, daß er auch das Lastenausgleichsgesetz in seinem Referat erwähnen würde.

Albers kritisierte am Programm, daß das Referat über den Menschen im Betrieb nicht von einem Mann aus der Arbeiterbewegung gehalten werde. Er habe nichts gegen Herrn Dr. Schröder, aber seine Freunde hätten doch mit Bedenken zur Kenntnis genommen, daß dieses Thema nicht von einem der ihnen behandelt werden soll.

Adenauer wies darauf hin, daß es unmöglich sei, jetzt noch sich weiter in Kritik an Themen und Programm zu ergehen. Die Diskussion biete doch auch den Freunden von Herrn Albers die Möglichkeit, sich zu äußern.

Kiesinger berichtete, daß der geschäftsführende Vorstand das Programm als Ganzes, und zwar zusammen mit den öffentlichen Kundgebungen gesehen habe. In den öffentlichen Kundgebungen würden die Minister Storch und Arnold sprechen. Sie hätten sich wahrhaftig redliche Mühe gegeben, auch die Männer der Arbeiterbewegung zu Wort kommen zu lassen, und er glaube, daß diese Seite mit den Ministern Storch, Kaiser und Arnold genügend berücksichtigt sei.

Fay hielt es für notwendig, daß in den Reden auch auf die Sozialwahlen, die im Januar und Februar stattfinden, hingewiesen werde, da diesen Wahlen eine besondere Bedeutung zukomme.

Der Bundesgeschäftsführer wurde beauftragt, Herrn Minister Storch diese Bitte zu übermitteln.

⁸ Als Vorsitzender hatte Kather nach der Tagung des Vertriebenen Ausschusses am 27. September 1952 Adenauer ultimativ aufgefordert, die Voraussetzungen für die Abwicklung des Lastenausgleichs zu verbessern. Aufgrund der „Verschleppungstaktik“ des Kanzlers legte Kather mit Schreiben vom 16. Oktober 1952 seine Parteiämter nieder. Vgl. KATHER 1 S. 256; vgl. auch NL Kather ACDP I-377-004/3.

Albers hielt es nicht für zweckmäßig, jetzt schon eine Stellungnahme zur Wahl des Herrn Freitag zum DGB-Vorsitzenden vorzunehmen⁹. Es gäbe noch Gelegenheit, wenn Herr Freitag einige Zeit sein Amt verwaltet hätte, begründet dazu Stellung zu nehmen.

Sein Eindruck sei gewesen, daß die Tagung des DGB von der SPD ferngesteuert worden sei. Er müsse sagen, unsere Freunde hätten sich sehr gut geschlagen.

Adenauer wandte dagegen ein, daß ihm berichtet worden sei, daß es nur durch die unglückliche Leitung durch Herrn Föcher¹⁰ so weit gekommen sei.

Fay fragte, auf Herrn Dr. Kather zurückkommend, was es mit der Pressemeldung auf sich habe, nach der Dr. Kather offiziell für den BHE eingetreten sei¹¹.

Wuermeling teilte dazu mit, daß Herr Dr. Kather diese Meldung dementiert habe.

Adenauer erklärte weiter dazu, Herr Dr. Kather werde nicht aus der Partei austreten, und er werde auch nicht beim BHE kandidieren.

Tillmanns stellte dann die Frage, ob auch ein Mandatsprüfungsausschuß eingesetzt werden sollte.

Die Frage wurde bejaht; die Landesvorsitzenden sollen erklären, wer von ihrem Landesverband delegiert sei.

Tillmanns schlug für den Mandatsprüfungsausschuß die Herren Dr. Fay und Dr. Gurk vor.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Tillmanns stellte dann die Frage, ob Entschließungen gefaßt werden sollen.

Wuermeling teilte mit, daß er zwei Entschließungen vorbereitet habe. Eine außenpolitische und eine, in der die Aufgabe für den Hamburger Parteitag festgehalten sei.

Adenauer schlug vor, zur Ausarbeitung der Resolutionen einen Redaktionsausschuß zu bestellen, und benannte hierfür die Herren Dr. Wuermeling, Kiesinger, Dr. Tillmanns, Simpfendörfer und Dr. Strickrodt. Zum zweiten Vorschlag von Herrn Dr. Wuermeling meinte der Bundeskanzler, daß eine solche Resolution gefährlich sei, da dies nicht genügend hätte vorbereitet werden können.

9 Walter Freitag war auf dem zweiten Bundeskongreß des DGB vom 13.–17. Oktober 1952 in Berlin mit 184 Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden; der bisherige Vorsitzende Christian Fette erhielt 154 Stimmen.

10 Matthias Föcher (1886–1967), 1905–1933 Zentrum, seit 1910 Angestellter beim Christlichen Metallarbeiter-Verband (1920–1928 Leiter des Dezernats Sozialpolitik in Duisburg, 1928–1933 Leiter des Dezernats Jugendarbeit), 1945 CDU, 1947–1956 stv. Vorsitzender des DGB (zunächst für die britische Besatzungszone und ab 1949 für das Bundesgebiet). – Vgl. Nr. 13 Anm. 43.

11 Vgl. FAZ vom 20. Oktober 1952 (dpa-Meldung ohne Hinweis auf BHE-Eintritt).

Von Brentano stimmte den Bedenken des Herrn Bundeskanzlers zu. Wenn man nichts Konkretes sagen könne, bestehe die Gefahr, daß man sich in Schlagworten ergehe.

Kiesinger hielt es ebenfalls für das beste, darauf zu verzichten.

Adenauer stellte als überwiegende Meinung des Bundesvorstandes fest, daß man sich nicht in allgemeinen Ausdrücken und Formulierungen ergehen sollte.

Tillmanns schlug vor, den Ausschuß durch die Herren Dr. Krone, Albers und Frau Dr. Gröwel zu erweitern.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Kaiser meinte, daß es nicht gut möglich sei, wenn er zu den Menschen in der Sowjetzone spreche, daß dann noch Herr Gockeln speziell zu den Arbeitern in der Sowjetzone spreche.

Johann teilte mit, daß Herr Gockeln nicht mehr bei der Schlußkundgebung in Berlin sei.

Adenauer erklärte hierzu, daß er aus Kreisen der Arbeitnehmer darauf hingewiesen worden sei, daß in der Tagung selbst kein Arbeitnehmer zu Wort komme; deswegen sei der Name Gockeln im Zusammenhang mit der Schlußkundgebung aufgetaucht. Er bitte deswegen die Herren, die von der Arbeitnehmerseite kämen, sich dazu zu äußern.

Albers wies darauf hin, daß es auf den Ablauf des Parteitages ankomme, nicht auf die Kundgebungen, die damit verbunden seien. Aber er glaube, daß dieser Mangel im Programm in der Aussprache behoben werden könne.

Tillmanns wies darauf hin, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung den geschäftsführenden Vorstand mit der Gestaltung des Parteitages beauftragt habe. Sie hätten bewußt Herrn Dr. Schröder als Referenten gewählt, um dem Einwand von außen zu begegnen, daß eben wieder einmal der sogenannte Arbeiterflügel der CDU spreche. Er müsse im übrigen noch einmal darauf hinweisen, daß Minister Kaiser ja in der Schlußkundgebung spreche und die Minister Storch und Arnold in den Kundgebungen. Deswegen hätten sie die Lösung Dr. Schröder auch für möglich gehalten.

Adenauer gab dann die Reihenfolge und die Zeitdauer für die Redner der Schlußsitzung bekannt: Dr. von Brentano 20 Minuten, Minister Kaiser 40 Minuten und er selbst 10 Minuten.

Kiesinger wies darauf hin, daß die Kanzlerrede mit Rücksicht auf die Sendezeit des Rundfunks etwa um 10 Uhr beginnen müsse.

Darauf wurde beschlossen, daß vor der Rede des Kanzlers lediglich die Begrüßungsansprachen des Tagungspräsidenten und des stellvertretenden Bürgermeisters von Berlin gehalten werden sollen. Um 10 Uhr etwa soll die Kanzlerrede beginnen, dann eine kurze Pause eingeschoben werden und erst anschließend die restlichen Begrüßungsansprachen folgen. Die Änderungen im Tagungsprogramm sollen durch Dr. Tillmanns bekanntgegeben werden.

Zu den Wahlen teilte *Lensing* mit, daß Westfalen den Antrag gestellt habe, die Wahlen bis zum Parteitag in Hamburg zu vertagen. Dies sei notwendig durch die Situation, in die Westfalen geraten werde, wenn Dr. Holzapfel nicht wiedergewählt würde. Dr. Holzapfel habe bei seinem Weggang nach Bern¹² darum gebeten, ihn in seinen Parteiämtern zu belassen. Wenn er jetzt nicht gewählt würde, bestünde die Gefahr, daß er dann auch sein Mandat als Bundestagsabgeordneter niederlege, was zur Folge habe, daß Westfalen in dem Bundestagswahlkreis Höxter, der über 80 % katholisch sei, keinen protestantischen Kandidaten mehr aufstellen könne. Das aber könnte sehr starke Rückwirkungen auf die gesamten Wahlen in Westfalen haben.¹³ Im übrigen müsse die Wahl eines neuen 2. Vorsitzenden auch gründlich vorbereitet werden. Der Landesverband bittet deshalb um Verschiebung der Wahlen auf Hamburg.

Scharnberg widersprach den Ausführungen von Herrn *Lensing*. Hamburg wünsche, daß gewählt werde. Es sei gar nicht notwendig, daß Dr. Holzapfel sein Amt niederlege, da die Wahl satzungsgemäß anstünde. Wenn keine Wahl stattfinde, dann könne man auch nicht von einem Parteitag sprechen.

Johnen erklärte, daß der Landesverband Nordrhein sich Westfalen anschließe. Die Frage der Nachfolge Dr. Holzapfels sei nicht geklärt. Eine Unterrichtung der Delegierten zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht mehr möglich. Im übrigen müsse er, wenn gewählt werden solle, darum bitten, daß die Wahl um einen Tag vorverlegt werde, da ein großer Teil der Delegierten von Nordrhein früher wegfahren müßte, weil sie am Sonntag abend zum Wahlkampf in Nordrhein gebraucht würden.

Tillmanns sprach die Bitte aus, daß doch möglichst alle Delegierten bis zum Schluß des Parteitages bleiben sollten. Wenn nicht gewählt würde, bliebe von einem Parteitag nichts mehr übrig. Die Wahlen könnten jetzt noch genügend vorbereitet werden. Es handle sich ja nur um eine Wahl, da die Wahl von Herrn Bundeskanzler und von Minister Kaiser außer jedem Zweifel stehe. Sicher sei auch, daß ein evangelischer Parteifreund gewählt werden müsse. Und hier müsse man bedenken, daß eine im evangelischen Raum anerkannte Persönlichkeit das stärkste Geschütz im kommenden Wahlkampf sei, vor allem gegen den Vorwurf, der nicht ausbleiben werde, daß die CDU eine katholische Partei sei. Wenn Herr Dr. Holzapfel nicht wiedergewählt würde, so sei damit gar keine Kritik an seiner Person verbunden. Wir könnten nur nach dem Gesichtspunkt handeln: „Wie gewinnen wir den Wahlkampf?“ Jedes Mandat sei ein Mandat auf Zeit, und Dr. Holzapfel könne seine Funktion als 2. Vorsitzender von Bern aus nicht wahrnehmen.

Lensing bat darum, doch die Stimmung in den beiden stärksten Landesverbänden zu berücksichtigen. Man müßte, ehe ein Nachfolger von Herrn Dr. Holzapfel gewählt würde, erst mit Herrn Dr. Holzapfel sprechen.

12 Holzapfel war seit 6. Mai 1952 Gesandter in Bern.

13 Kommunalwahlen fanden am 9. November 1952 in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz statt (vgl. AdG 1952 S. 3732).

Krone führte aus, daß Herr Dr. Holzapfel ein neues Amt angetreten habe, das nicht erlaube, die Funktion [des] früheren Amtes weiterhin wahrzunehmen. Er sei der Auffassung, wenn von evangelischer Seite eine Einigung über die Persönlichkeit des neuen 2. Vorsitzenden erreicht werde, dann müßte unbedingt gewählt werden.

Kaiser wies ebenfalls darauf hin, daß die Anwesenheit sämtlicher Delegierten am Sonntag unbedingt notwendig sei. Zur Frage der Wahl vertrat er die gleiche Auffassung wie Dr. Tillmanns. Dr. Holzapfel habe ihm erklärt, daß er seine politischen Ämter freigebe. Es komme nun lediglich darauf an, daß evangelische Freunde sich darüber äußern sollten, wer als 2. Vorsitzender in Frage komme.

Adenauer bat Herrn Dr. von Brentano, zu berichten, was Herr Dr. Holzapfel ihm geschrieben habe.

Von Brentano teilte daraufhin mit, daß Dr. Holzapfel ihn ermächtigt habe, sobald ernstliche Schwierigkeiten entstünden, seine Mandatsniederlegung bekanntzugeben.

Wackerzapp äußerte beamtenrechtliche Bedenken gegen das weitere Festhalten von Herrn Dr. Holzapfel an seinem Bundestagsmandat.

Adenauer meinte hierzu, daß die betreffenden beamtenrechtlichen Bestimmungen aus von den Alliierten auferlegt worden seien.¹⁴

Dichtel ist ebenfalls der Auffassung, daß unbedingt gewählt werden müsse, weil wir sonst den ganzen Parteitag entwerten würden.

Gurk vertrat die Auffassung, daß die Beamtenrechtsbestimmungen für uns nicht tragbar seien, jedoch sei er auch der Überzeugung, daß eine reale Möglichkeit für Herrn Dr. Holzapfel nicht vorliege, sein Amt als 2. Vorsitzender wahrzunehmen. Deswegen sei die Wahl unbedingt notwendig. Welche Vorbereitungen getroffen seien, sei ihm nicht bekannt. Es sei auch selbstverständlich, daß ein evangelischer Parteifreund gewählt würde, und er wolle darauf hinweisen, daß auch aus dem Bereich der südlichen Landesverbände ein Vorschlag gemacht werden könne.

Scharnberg vertrat dann die Auffassung, daß wir Herrn Dr. Holzapfel nur schaden würden, wenn nicht gewählt werde. Sein Verhalten habe in letzter Zeit oft zur Kritik Anlaß gegeben. Wenn jetzt an die Öffentlichkeit dringe, daß man nicht gewählt habe, um Herrn Dr. Holzapfel zu schonen, so schade dies ihm im Grunde nur. Im übrigen müßten hier die sachlichen Gründe entscheidend sein: Die Frage laute „Was nützt der Partei?“ Und auf diese Frage gäbe es nur eine klare Antwort.

Cillien ist ebenfalls der Auffassung, daß gewählt werden müsse. Auf dem Pro-

¹⁴ Sinn dieser Aussagen nicht eindeutig. Möglicherweise ist an die Forderung parteipolitischer Neutralität für Beamte gedacht, möglicherweise an die Unvereinbarkeit von Mandat (Legislative) und staatlicher Funktion (Exekutive). Die Inkompatibilität von besoldetem Amt und politischem Mandat war in der Verordnung Nr. 31 vom 30. Mai 1946 der britischen Militärregierung festgelegt worden; bis 1933 hatten Beamte und Richter neben ihrer Tätigkeit auch ein Reichstags- oder Landtagsmandat ausüben können (vgl. dazu REUSCH S. 202ff., 217ff.). Das Bundesbeamtengesetz vom 17. Juli 1953 regelte schließlich in § 57 die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (BGBl I S. 551).

gramm seien Wahlen angekündigt, und wir hätten keine stichhaltigen Gründe, der Öffentlichkeit klarzumachen, warum wir nicht gewählt hätten. Im übrigen sei es auch gut, wenn zum jetzigen Zeitpunkt der Kanzler in seinem Amt als 1. Vorsitzender bestätigt werde. Herr Dr. Holzapfel habe in seinen Entscheidungen häufig geschwankt, und er sei vielleicht dafür dankbar, wenn wir die Entscheidung fällen würden.

Lensing wies noch einmal darauf hin, daß, wenn Dr. Holzapfel als 2. Vorsitzender nicht wiedergewählt würde, er sicherlich auch sein Bundestagsmandat niederlegen werde.

Adenauer bestätigte dies und wies seinerseits auf die schwierige Lage hin, in die Westfalen durch die hierdurch notwendige Änderung im Wahlkreis Höxter gerate.

Bach vertrat die Auffassung, daß die Landesverbände auch Zeit haben müßten, die Vorschläge zu diskutieren. Auch die evangelische Seite müsse sich klarwerden, wen sie vorschlagen werde.

Simpfendorfer erklärte demgegenüber, daß der Parteitag sein Gesicht verliere, wenn nicht gewählt werde. Das Mandat für Herrn Dr. Holzapfel als 2. Vorsitzender sei abgelaufen.

Adenauer faßte dann zusammen: Es stehe fest, daß ein evangelischer Parteifreund gewählt werden müsse, und es stehe auch fest, daß er einstimmig gewählt werden müsse. Es sei deswegen zuerst Sache der evangelischen Freunde, einen Herrn zu benennen. Man müsse des weiteren die Frage klären, ob Dr. Holzapfel sein Bundestagsmandat niederlegen werde, wenn er nicht wiedergewählt werde.

Von Brentano erklärte, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß Dr. Holzapfel sein Mandat bis zu den Neuwahlen behalte. Man könne sicher damit rechnen, daß diese Frage aufgerollt werde, für diesen Fall sei er von Herrn Dr. Holzapfel bereits ermächtigt, seine Mandatsniederlegung bekanntzugeben.

Strickrodt glaubt nicht, daß Dr. Holzapfel, falls er nicht als 2. Vorsitzender wiedergewählt wird, aus Trotz auch sein Mandat niederlegen werde.

Kaiser erklärt, daß gewählt werden müsse, da man sonst ganz sicher mit einem breiten Protest aus den Kreisen der Delegierten des Parteiausschusses rechnen müsse.

Adenauer faßte abschließend kurz zusammen, daß die evangelischen Freunde die Fragen kurz besprechen möchten, wen sie vorschlagen werden, und daß Herr *Lensing* sich mit Herrn *Johnen* darüber verständigen soll, ob sie ihren Antrag aufrechterhalten.¹⁵

Scharnberg gab dann kurz bekannt, daß die Rückfrage in Hamburg ergeben habe, daß das Hamburger Rathaus nicht zur Verfügung stehe.

15 *Johnen* und *Lensing* zogen ihren Antrag zurück. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender *Adenauer* 302 Stimmen (von 307), gleichberechtigte stv. Vorsitzende *Hermann Ehlers* 302 Stimmen, *Jakob Kaiser* 281 Stimmen. Vgl. CDU, 3. Parteitag S. 91f.

Adenauer schlug dann als Termin für den Parteitag in Hamburg den 1.–5. Februar vor.

Tillmanns hielt es für zweckmäßig, den Parteitag erst im März abzuhalten, da sonst für die Vorbereitung zu wenig Zeit sei.

Adenauer wies darauf hin, daß dann aber nach dem Parteitag zu wenig Zeit bleibe. Im übrigen sei es nicht gut, den Ausschüssen zu viel Zeit zu lassen, da sie sonst nichts tun würden.

Daraufhin wurde beschlossen, den Parteitag in Hamburg vom 1.–5. Februar abzuhalten.¹⁶

Die Sitzung wurde um 17.30 Uhr geschlossen.

¹⁶ Vgl. Anm. 1.

15

Sitzung des geschäftsführenden Vorstands mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse

Bonn, 7. November 1952

Sprecher: Frau Eichelbaum, Heck, Hellwig, Karsch, Lünendonk, Scharnberg, Tillmanns, Wehking, Willecke, Wuermeling.

Vorbereitung des Hamburger Parteitages: Bericht der Bundesfachausschüsse und Vorschläge für ein Programm.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

Grundlage der Besprechung war der Beschluß des Berliner Parteitages, in dem die Ausschüsse der Partei beauftragt wurden, dem Hamburger Parteitag Vorschläge für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterbreiten, insbesondere zur Förderung der Familie und der Bildung von Eigentum für breitere Schichten des Volkes.¹

¹ Vgl. CDU, 3. Parteitag S. 150.